

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 20 P oder 40 Grosch

Preis: monatlich 3.20 G, vierteljährlich 9.60 G, in Deutschland 2.70 G, Ausland 3.20 G. Einzelhefte 1.00 G. In Deutschland 0.40 G, Ausland 0.50 G. Abonnements- und Inseratenpreise in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 130

Freitag, den 6. Juni 1930

21. Jahrgang

Verkaufsstelle: Danzig, Am Spandauer Nr. 8
Postfachkonto: Danzig 2045
Fernsprech-Anschluß bis 6 Uhr abends unter Sammelnummer 215 51. Von 6 Uhr abends: Schriftleitung 242 06. Anzeigen - Annahme, Expedition und Druckerei 242 07.

Das Ergebnis der letzten Tage:

Linksregierung in Sicht

Vorbereitungen zwischen Sozialdemokratie und Zentrum — Schaffung eines Arbeitsnachweisgesetzes zur Kontrolle des Arbeitsmarktes — Die Sozialdemokratie leitet Verhandlungen ein

Zwanglose Verhandlungen, die in den letzten Tagen zwischen Führern der Sozialdemokratie und des Zentrums gemeinsam mit den Senatoren Arcanisti und Bierinski über das Arbeitsnachweisproblem stattfanden, haben geführt zu einer Uebereinkunft in dieser Frage, die die bisherigen Streitpunkte beseitigt und zugleich geeignet erscheint, einleitende Verhandlungen über die Bildung einer neuen Regierung zwischen Sozialdemokratie und Zentrum unter Einbeziehung der einen oder anderen politischen Mittelgruppe, nicht aussichtslos zu gestalten.

Nachdem vor 14 Tagen sämtliche Versuche zur Bildung einer bürgerlichen Regierung gescheitert waren und die hauptamtlichen Senatoren sich gezwungen sahen, die Staatsgeschäfte zunächst ohne parlamentarische Fundierung fortzuführen, hatte der Präsident des Senats die Führer der Sozialdemokratie befragt, ob sie nunmehr gewillt seien, ihre bereits Versuche zur Bildung einer neuen Linksregierung zu unternehmen. Die Sozialdemokraten machten ihre Zusage von einer Einigung über die Frage der Arbeitsnachweisgesetzgebung abhängig, über die ja die alle Linksregierung auseinandergefallen war und ohne deren Erledigung jede neue Regierungstätigkeit erfolglos sein müßte.

Das Zentrum hatte seinerseits Dr. Sahm gegenüber durchblicken lassen, daß es der Einführung eines allgemeinen Arbeitsnachweisgesetzes — wie es früher schon in der Linksopposition diskutiert worden war — nunmehr zustimmen werde. Damit war die Basis für eine Zusammenarbeit gegeben. Und in mehreren Besprechungen haben sich die gegenseitigen Vorbehalte und Wünsche zu einem Einverständnis vereinigen lassen.

Auf erneutes Befragen durch den Präsidenten des Senats haben daraufhin gestern Abend die Vertreter der Sozialdemokratie erklärt, daß sie bereit sind, die Initiative zur Bildung einer Linksregierung zu ergreifen. Heute, im Laufe des Tages, sollen bereits das Zentrum, die Bauernpartei, die in der neuen Linksregierung vertreten sein möchte, und die Liberalen als ehemalige Koalitionspartei zu einer Besprechung geladen werden. Nach Lage der Dinge ist mit einer Verzögerung der Verhandlungen kaum zu rechnen, so daß — wenn nicht unvorhergesehene Schwierigkeiten eintreten sollten, schon in der nächsten Woche wieder ein verfassungsmäßige Regierung die Leitung der Freien Stadt übernehmen dürfte.

Mit ihrer Bereitwilligkeit, nach dem Verlangen des Bürgermeisters als Gesamtheit, erneut die Bildung der Regierung zu übernehmen, kommt die Sozialdemokratie im gegenwärtigen Moment den Wünschen weitestgehend in Stadt und Land entgegen, die eingesehen haben, daß nur diese große Partei des arbeitenden Volkes noch imstande ist, die Verantwortung für eine ungeordnete innen- und außenpolitische Entwicklung zu übernehmen. Und das in einem Augenblick, in dem von bürgerlicher Seite mit der Volkstagsauflösung eine Aktion beabsichtigt wird, die nur den einen Zweck haben soll, der Sozialdemokratie eine parlamentarische Niederlage zu bereiten und dadurch die reaktionären bürgerlichen Parteien neu gestärkt wieder ans Ruder zu bringen.

Es zeugt für das sichere Gefühl innerer Stärke und tiefer Verantwortung in der Bevölkerung, wenn die Sozialdemokratie auch unter diesen schwierigen Umständen die Regierungslasten wieder auf sich nimmt, trotzdem sie genau weiß, daß sie auf finanziellstem Gebiet unpopuläre Maßnahmen wird vertreten müssen. Aber sie wird zugleich auch immer wieder daran erinnern, daß alle diese Belastungen nur der einen großen Aufgabe gewidmet sind, den unter den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise und unter den anarchischen Verhältnissen auf dem Gebiet des Danziger Arbeitsmarktes leidenden

erwerbslosen Volksgenossen die Last ihres herben Schicksals zu erleichtern und sie vor der allkommenen Verelendung zu schützen.

Darüberhinaus aber wird durch die Bildung der neuen Regierung und durch ordnungsmäßige Verabschiedung der Finanzgesetze das staatliche Eigenleben Danzigs auch für die Zukunft weiter gesichert, vor allem aber die durch den Ausfall der Einnahmen noch in diesem Monat drohende Finanzkatastrophe verhindert werden.

Die gestern tagende

Bersammlung der sozialdemokratischen Funktionäre

des Ortsvereins Danzig hat sich in lebhafter Debatte ebenfalls für erneute Übernahme der Regierungsverantwortung ausgesprochen, nachdem der Redner des Abends, Senatspräsident a. D. Gehl, einen Überblick über die Verhältnisse und über die gefährliche politische Situation gegeben hatte. Als Voraussetzung für das Eingehen in die Regierung wurde jedoch verlangt, daß das Arbeitsnachweisgesetz schnellstens verabschiedet und vor allem auch in der Praxis mit aller vom Gesetz vorgesehenen Schärfe so durchgeführt werde, daß die erwartete Entlastung des Arbeitsmarktes von einheimischen Arbeitslosen erfolgt.

Dem Zentrum wird erwartet, daß es seine Koalitionspflicht eifrig betreibt und nicht nach Übernahme der Regierung durch neue Schwierigkeiten die der Linksregierung obliegenden Staatsaufgaben gefährdet.

Eine Stellungnahme zu Einzelfragen war noch nicht möglich, da die Verhandlungen ja noch im Anfangsstadium

sind. In Bezug auf die steuerliche Lastenverteilung wurde den Vertretern der Sozialdemokratie jedoch aufgegeben, die arbeitende Bevölkerung vor unerträglichen Belastungen zu schützen.

Zeppelin heute Abend in Friedrichshafen

Gestern in Sevilla gelandet — Nur 20 Minuten Aufenthalt

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist am Donnerstagmorgen, 18.10 Uhr, in Sevilla gelandet. Start nach Übernahme der neuen Passagiere 20 Minuten später zur Rückfahrt nach Friedrichshafen. Das Schiff passierte am Freitag um 7 Uhr morgens nach einer hier vorliegenden Meldung der Schiffsleitung Mallorca im Mitteländischen Meer und nahm Kurs auf die Küste. Barcelona beabsichtigt die Schiffsleitung Kurs infolge der schlechten Wetterlage außerordentlich stark nach dem Mitteländischen Meer abgedrängt worden. Das Schiff muß auch auf seinem weiteren Weg nach Friedrichshafen mit starken Gegenwinden rechnen. Die Ankunft in Friedrichshafen ist nicht vor heute Abend 7 bzw. 8 Uhr zu erwarten.

Ueberfall auf litauische Schüler in Wilna

Während eines Besuchs litauischer Schüler in Wilna kam es zu Ausschreitungen polnischer Nationalisten. Die litauischen Schüler wurden nach Verlassen der Straße von polnischen Nationalisten überfallen und verprügelt. Die Polen erklärten, daß dieser Ueberfall die Rache für die antipolnischen Ausschreitungen in Rowno sei.

Was die Reichsregierung ausbrütete

Notopfer der Festbesoldeten, Junggesellensteuer

Dazu Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und „Reform“ der Krankenversicherung

Das Reichskabinett beendete am Donnerstag in später Abendstunden seine Beratungen über die Arbeitslosenversicherung und die mit der Wirtschafts- und finanzpolitischen Lage zusammenhängenden Fragen.

„Das Reichskabinett beschloß die Reform der Arbeitslosenversicherung in weitgehender Anlehnung an die Beschlüsse des Vorstandes der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, jedoch mit der Maßgabe, daß

der Beitrag von 3% auf 4% Prozent erhöht

wird. Die wesentlichen Änderungen im Gesetz, darunter die Beitragsfestsetzung, sind bis 31. März 1931 begrenzt. Seine Entlastung der Wirtschaft soll durch gleichzeitige Vorlage eines Gesetzes über die Reform der Krankenversicherung angestrebt werden.

Sobald verabschiedete das Kabinett die weiteren Gesetzesentwürfe, die den Ausgabetisch der Ausgaben auf sozialem Gebiete und der Mindereinnahmen des Haushalts zu decken bestimmt sind, nämlich ein Gesetz über die

vorübergehende Reichshilfe (sog. „Notopfer“) durch die Festbesoldeten im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft.

Das Gesetz sieht auch einen Beitrag aus den Löhnen der Aufsichtsräte vor. Ferner einen

Sonderbeitrag in Höhe von 10 Prozent der Einkommensteuer (also 1 Prozent vom Einkommen) der Bedienen.

Dazu tritt ein durch Kürzung der Steuerfreien in der Zigarettenindustrie für das laufende Jahr zu beschaffender Betrag, der mit einer Verlängerung der Kontingentierung für die Zeit bis zum 1. April 1931 verbunden ist. Hierdurch wird zusammen mit den durch nochmalige Durchprüfung des Haushalts 1930 herbeizuführenden Ersparnissen ohne neue die Wirtschaft belastende Steuern eine volle Deckung des Haushalts gefunden werden.

Das Kabinett beschloß sich sehr eingehend mit dem Kernproblem der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzlage, dem nicht in ausreichendem Tempo stattfindenden Absinken der Arbeitslosigkeit. Es legt

entscheidendes Gewicht auf die Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Wirtschaftsprozess

durch Einleitung größerer, den wirtschaftlichen Notwendigkeiten entsprechenden Arbeiten.

Reichspost und Reichsbahn sollen bringende Aufträge bekommen. Der Kleinwohnungsbau wird durch zur Verfügungstellung zusätzlicher Mittel gefördert werden. Es ist im laufenden Jahre

der weitere Bau von 35 000 bis 40 000 Wohnungen vorgesehen, welcher bis 150 000 Bauarbeitern Arbeitsgelegenheit verschafft.

Das Kabinett hat ferner ein Ermächtigungsgesetz be-

Bayern verbietet Uniform-Demonstrationen

Reichsbanner wird mit den Hitler-Motivhs auf die gleiche Stufe gestellt

Die bayerische Regierung hat unter dem 5. Juni mit sofortiger Wirkung eine Anordnung erlassen, nach der bis auf weiteres Versammlungen unter freiem Himmel, insbesondere Aufmärsche, Propagandamärsche und Kundgebungen verboten sind, an denen sich Mitglieder von politischen Vereinigungen oder von Schutzeinrichtungen solcher Vereinigungen in einheitlicher Kleidung (Uniform) beteiligen. Alle Versammlungen ohne die Beteiligung von Uniformierten sind nach wie vor gestattet, ebenso alle Versammlungen in geschlossenen Räumen, auch wenn die Teilnehmer einheitliche Kleidung tragen.

Das Verbot soll in erster Linie auf die ziellose Gewaltpropaganda der Hitler-Sturmabteilungen abzielen. In der amtlichen Begründung der Anordnung wird u. a. mitgeteilt, daß als unmittelbarer Anlaß dazu der am vorigen Sonntag in den Münchener Arbeiterbezirken veranstaltete Aufmarsch der nationalsozialistischen S. A. zu erblicken ist.

Es herrscht furchtbare Hungersnot

Frauen und Mädchen werden zu zwei Dollar verkauft.

„Daily Telegraph“ berichtet aus Peking (Peking): In Tsingtau, der Hauptstadt der Provinz Schantung, wo 1928 die Niederwerfung der Japaner stattfand, herrscht große Panik. Die Stadt wird jetzt von den Truppen der Manthener Regierung gegen die Heere der nördlichen Verbündeten gehalten. Die Verteidiger haben die Brücke über den Gelben Fluß teilweise zerstört. Aber es ist den Angreifern gelungen, an einer anderen Stelle überzusetzen. Die auswärtigen Gefangenenlager in Peking haben von beiden Parteien Schutz für ihre Landsleute in Tsingtau gefordert. Die Japaner bringen ihre Staatsangehörigen in Tsingtau zu ihrem Schutz in Konzentrationslager. Aus Peking meldet „Daily Telegraph“: Ein in Tientsin aus China eingetroffener Beamter der Heilsarmee teilt mit, daß in den chinesischen Nordprovinzen infolge Hungersnot über 200 000 Kinder seit Januar er. gestorben seien. 80 000 Frauen und Mädchen würden für je zwei oder drei Dollar verkauft, um aus dem Erlös Lebensmittel für die übrigen Familienmitglieder zu kaufen.

Die ganze Geschichte ein großer Unfuss

Allgemeine Ablehnung

Das neue Deckungsprogramm der Reichsregierung findet nicht einmal im Lager der Regierungsparteien auch nur die geringste Anerkennung. Die rechtsstehende „Deutsche Allgemeine Zeitung“ verurteilt das Programm in Grund und Boden. Die rechtsradikale „Deutsche Zeitung“ sagt: „Man muß wirklich den Mut bewundern, mit dem das Reichskabinett behauptet, es habe nun die „volle Deckung“ des Fehlbetrages gefunden. Die Beschlüsse des Kabinetts sind zu einem großen Teil auf Erwartungen gestützt, deren Erfüllung völlig dahinsiehet.“

Wo ist die Mehrheit dafür?

Der „Vorwärts“ schreibt: „Das ist also die Patentlösung des Kabinetts Brünning. Die Vorentschcheidung des Vorstandes der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung ist zum Geschenkverzicht erhoben worden — die Krankenversicherung soll „reformiert“ werden. Dazu Notopfer und Bedienersteuer sowie die übrigen Maßnahmen. Es wird behauptet, daß damit völlige Deckung geschaffen sei. Zahlen werden nicht gegeben. Wieviel hundert Millionen sollen aus der Krankenversicherung herausgeholt werden, damit das Defizit voll gedeckt sei?“

Die Maßnahmen, die für Arbeitsbeschaffung angekündigt werden, können in einem Teil erst nach sehr langer Frist wirksam werden, zu einem anderen Teil sind sie reine Versprechungen.

Vor allem aber: „Wo ist die Mehrheit für dies alles?“

Neue Besprechungen über die Preislenkung

Die Arbeitgeberorganisationen haben die Vertreter der Gewerkschaften für heute vormittag 11 Uhr zu neuen Besprechungen über Preis- und Lohnsentungsaktionen eingeladen.

Ein Meer von Not und Elend

Sehr ungünstige Lage des Arbeitsmarktes — Er muß endlich bereinigt werden

Es kann nicht eindringlich genug darauf hingewiesen werden, daß die Lage des Danziger Arbeitsmarktes ernster als je zuvor ist. Vergewaltigt man sich, wieviel kostbare Arbeitskraft jetzt schon seit langer Zeit brachliegt und welche Werte die Wirtschaft hierdurch verloren gehen, so kommt man zu dem Ergebnis, daß das Problem der Arbeitslosigkeit wohl ein in erster Linie zu lösendes sein müßte. Jetzt doch auch wieder das Resultat des Monats Mai, daß keinerlei Anzeichen einer auch nur einigermaßen durchgreifenden Besserung des Arbeitsmarktes vorliegen. Im gesamten Kreisgebiet ist die Erwerbslosenziffer nur von 18 871 auf 18 282, um 2130 = 11,6 Prozent, zurückgegangen. In Anbetracht der vorangegangenen Jahreszeit ist der Rückgang so gering, daß man

den kommenden Monaten mit ernstester Sorge entgegenzusehen muß.

Wenn auch alle Kommunalbezirke eine Abnahme der Erwerbslosigkeit melden, so war der Rückgang im Wirtschaftsgebiet Danzig-Stadt so unbedeutend, daß er gar nicht ins Gewicht fiel. Ende April meldeten sich bei den Arbeitsämtern in Zoppot 828, in Neuteich 108, in Tiesenhof 128, im Kreise Danziger Höhe 1381, im Kreise Danziger Niederung 1331 und im Kreise Dr. Berder 1315 Arbeitslose. Das Arbeitsamt der Stadt Danzig verzeichnete zu diesem Zeitpunkt 9170 männliche und 1471 weibliche, zusammen 11 141 Erwerbslose. Sowohl die Zahl der männlichen als auch die der weiblichen Arbeitslosen nahm ab. Im

ganzen jedoch gestaltete sich der Arbeitsmarkt in Danzig-Stadt völlig uneinheitlich.

Während die Vermittlungstellen für das Bau- und Holzgewerbe, für männliche Gastwirtschaftsleute, für gewerbliche Arbeiterinnen und für Erwerbsbeschränkte eine verfeinerte Ziffer meldeten, hatten die Vermittlungstellen für Sechente, für Musiker, für das Metallgewerbe, für das Verkehrsgewerbe, für Facharbeiter aller Art, für Hausangestellte, für ungelehrte Arbeiter, für weibliche Gastwirtschaftsleute und für kaufmännische Angestellte Zugänge zu verzeichnen. Trotzdem die Vermittlungstätigkeit des Arbeitsamtes eine lebhaftere als im Vormonat war, konnten diese Zugänge nicht ausgeglichen werden.

Im Laufe des Monats Mai wurden 2586 Männer und 880 Frauen, zusammen 3475 Personen, in Arbeit untergebracht. Die Aus- und Fortbildungskurse wurden fortgesetzt. Nach dem Deutschen Reich gingen ein Muster und leichter Transport ländlicher Arbeitskräfte ab. Um den zahlreichen Wünschen um Vermittlung dorthin nachzukommen, sollen diese Unterbringungsmaßnahmen fortgesetzt werden.

Die Ausgaben für Erwerbslosenunterstützungswende bestanden auch für Mai in fast gleicher Höhe. Sie betrugen an Barunterstützung für die Arbeitslosen der Stadt Danzig in der Zeit vom 26. April bis 30. Mai 1930 an Erwerbslosenunterstützung 470 569,28 Gulden und an Winterbeihilfe 88 364,08 Gulden.

Was alles möglich ist

Zensur gegen Film Amateure

Zur einer Monatsversammlung der Gesellschaft von Amateuren der Photographie hielt kürzlich W. Kerspecht einen Vortrag über Film Amateure und Zensur. Die Amateure der Photographie sei zwar schon mehrere Jahrzehnte alt, habe aber gerade in den letzten Jahren größeren Aufschwung genommen und Bedeutung erlangt. Es kommt jetzt bereits häufig vor, daß Amateure auf ihren Reisen statt oder neben dem Kameraapparat eine Kamera mitnehmen, um das bewegte Leben und Treiben an anderen Orten oder große sportliche Veranstaltungen im Aufbilde festzubilden. Fast sämtlich haben sie auch das Bestreben, gelegentlich ihren Film im Kreise von Sportkameraden, Vereinen oder sonstigen privaten Kreisen vorzuführen. Geschehe das, so verstoße der Amateur nach der gegenwärtigen Auffassung der Danziger Filmprüfungsstelle bzw. der Kreispolizeibehörde gegen das Filmverbotsgesetz vom 1. Dezember 1925, das die schärfste Vorführung unzensurierter Filme mit Geldstrafe bis zu 1000 Gulden und die vorläufige Vorführung mit Geldstrafe bis zu zwei Jahren und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Gulden oder einer dieser Strafen bedroht. Der Redner wandte sich gegen diese Auffassung der Danziger Behörden.

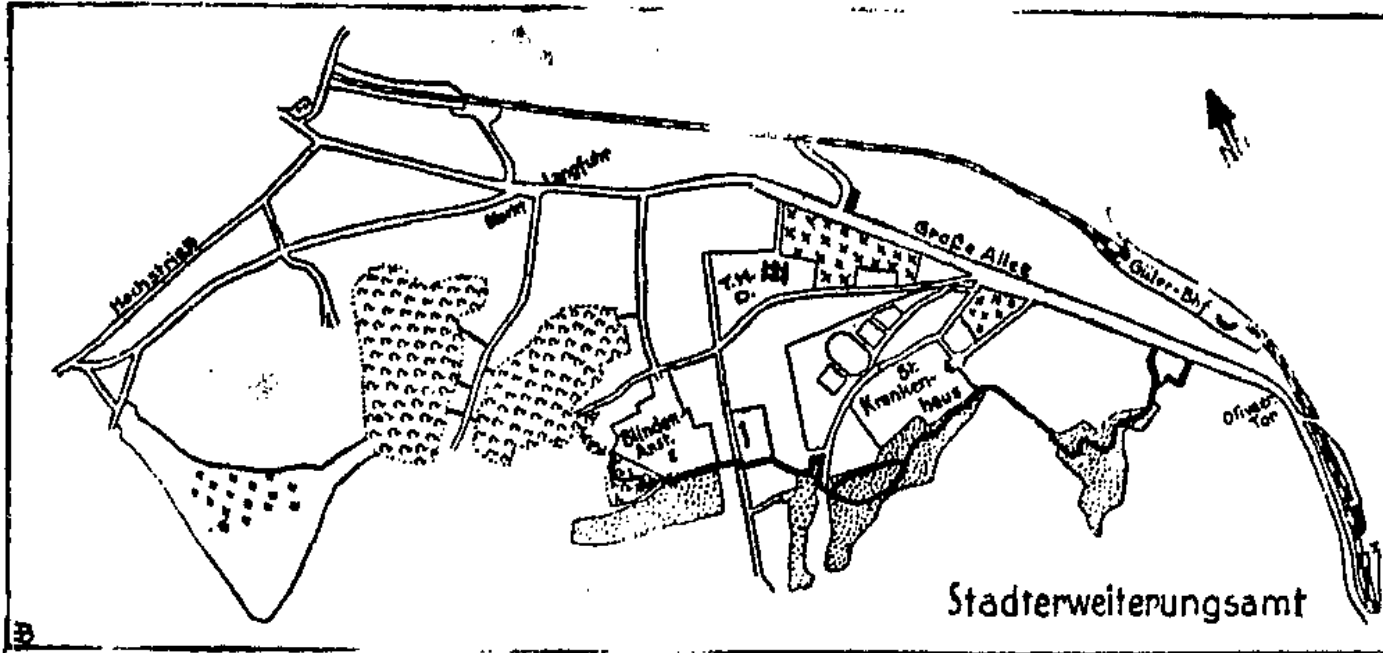
Die willkürliche Zensur belaste sowohl die Amateure wie auch die Beamten der Filmprüfungsstelle vollkommen unnötig. Der Amateur sei gezwungen, da er wegen der Abnahme einiger Kilometer nicht extra besondere Räume mieten könne, die Vorführung in einem Dienstzimmer des Polizeipräsidiums vorzunehmen, und müsse dazu seine eigene Apparatur stellen. Die eventuellen Einnahmen der Staatskasse seien bei den meist bescheidenen bzw. sportlichen Charakter tragenden Amateurfilmen ganz unerheblich bzw. überhaupt nicht vorhanden. Aus diesen Gründen sei zu fordern, daß der Senat als Aufsichtsbehörde die Filmprüfungsstelle darauf hinweise, daß gemäß dem Willen des Gesetzgebers, der in den Verhandlungen der Parlamente klar zum Ausdruck gebracht wurde, Amateurfilme nicht unter die Zensurbestimmungen fallen.

Ueber die Höhen nach Langfuhr

Der neue Waldweg wird Pfingsten freigegeben

Wie wir gestern bereits mitteilen konnten, wird der neu angelegte Langfuhrer Höhenweg

zu Pfingsten der Öffentlichkeit übergeben werden. Der neue Weg, der auf unserer Höhe durch einen schwarzen Strich gekennzeichnet ist, führt eine Höhe aus, die sich seit langem unbenutzt bemerkbar gemacht hat. Es war nämlich nicht so einfach von Danzig auf den Höhen nach Langfuhr zu gelangen. Obwohl der neue Weg jetzt schon einer der reizvollsten ist, den man sich denken kann, wird er aber erst nach einigen Jahren vollen Nutzen verschaffen, wenn die jungen Forstkulturen zu betenden Zeiten des Weges herangewachsen sein werden. Nebenbei



ist der Langfuhrer Höhenweg nur ein Teil der neuen Grünverbindung, die von Danzig bis Zoppot geschaffen werden soll.

Feuerschutz ist eine kostspielige Sache

Die Gemeinde Ohra soll dafür 40 000 Gulden zahlen

Seit einem Jahr besteht die freiwillige Feuerwehr in Ohra nicht mehr. Es wurden Verhandlungen eingeleitet, damit die Danziger Feuerwehr den Feuerschutz Ohra mitübernimmt. 40 000 Gulden wurden dafür von der Stadtverwaltung gefordert, die dann aber bis auf 10 000 Gulden herabgesetzt wurde. Diese Summe war für die Gemeinde Ohra gänzlich unerschwinglich. Da keine Einigung erzielt wurde, soll auf Vorschlag des Polizeipräsidenten Bürger der Gemeinde Ohra als Hilfsfeuerwehrenten ausgebildet werden. Fünf von diesen Hilfsfeuerwehrenten müssen an das Feuerwehrmeldebuch angegeschlossen werden, wodurch 11 000 Gulden Kosten entstehen würden. Da insgesamt aber 16 Hilfsfeuerwehrenten vorgesehen sind, würde eine Gesamtausgabe von 31 000 Gulden allein für die Feuerwehrmeldeanlage notwendig sein.

Die gestrige Gemeindevorstandssitzung stellte sich auf den Standpunkt, daß auch dieser Plan an den Kosten scheitern würde. Ohra könne sich diese Ausgabe nicht leisten. Sie stände in gar keinem Verhältnis zu den tatsächlichen Kosten des Feuerschutzes. Seit 1925, also in fünf Jahren, ist die Danziger Feuerwehr zweimal zur Löschhilfe nach Ohra gerufen worden, wodurch eine Gesamtausgabe von 500 Gulden entstand. Der Gemeindevorstand wurde beauftragt, erneut Verhandlungen mit der Stadt Danzig aufzunehmen, um auf einer erträglichen Basis zu einer Einigung zu kommen.

Die Gemeinde Ohra hat eine Anleihe von 300 000 Gulden aufgenommen, da die Erträge der Wohnungsbauabgabe nicht ausreichen, um das Wohnungswesen wirksam zu fördern. Der Kreisausschuß Danzig-Höhe hat die Anleihe genehmigt, dabei aber zum Ausdruck gebracht, daß er weiteren Anleihen die Zustimmung versagen werde. Der Kreisausschuß wird seine Ansicht revidieren müssen, wenn die Gemeinde Ohra auch in dem bisherigen Tempo weiterbauen, um für Wohnungen und für Arbeit zu sorgen.

Das Rathaus soll neu gedeckt werden; die dafür erforderliche Summe wurde bewilligt. Bei dieser Gelegenheit wurde der Wunsch ausgesprochen, das Rathaus zu vergrößern, um alle Dienststellen in einem Gebäude unterzubringen. Bürgermeister Hammerer erklärte dazu, daß ein Bedürfnis zur Vergrößerung des Rathauses zweifellos vorliege, aber die Finanzierung eines Anbaus sei zur Zeit unmöglich.

An einem Dringlichkeitsantrag wurde eine Hilfsaktion für die Erwerbslosen gefordert. Da die Dringlichkeit verneint wurde, konnte der Antrag nicht zur Verhandlung kommen.

Unbekannte Tote

Aus Weichsel und Dniepr geborgen

Am 4. Juni wurde aus der Weichsel bei Einlage eine männliche Leiche, welche ausnehmend 6 bis 8 Monate im Wasser gelegen hatte und stark in Verwesung übergegangen war, geborgen.

Der Tote, welcher wahrscheinlich aus gut situierten Kreisen stammt, ist ca. 170 Meter groß und schlank, hat schwarzes Haar, schwarzen, rasierten starken Bartwuchs, kleine Ohren und Nase, vollständiges Gebiß und gut gepflegte lange Finger. Er war bekleidet mit grauschwarzer Stoffmütze mit Schirm und 2 bezogenen Stoffknöpfen an den Seiten, ferner mit graumeliertem einreihigem Mäntel (Fischgrätenmuster) mit graumelierten Hornknöpfen, hellem, blaugrünem Jackett und gleichfarbiger Weste, bräunlicher, moderner Reithose, mit farbigen eingestrichelten Taschen, gestreiftem Oberhemd, Größe 36, und einem Paar hoher Boxerhose Röhrenhosen, Fußgröße 28 Zentimeter.

Im Mäntel, unter dem ledernen Anhänger befand sich ein Firmenstempel des Kleiderlieferanten mit folgender Aufschrift: „F. Pramecki, Lublin.“ Es wird vermutet, daß der Tote mit dem Weichselstrom aus Polen angetrieben ist.

Am 5. Juni nachmittags wurde aus der Dniepr bei Basse eine unbekleidete männliche Leiche geborgen.

Der Tote ist 1,55 Meter groß und schlank, hat rötlich-blondes Haar, braune Augen, kleine Nase und gut erhaltenes Gebiß.

Die Leiche dürfte etwa 4 bis 6 Wochen im Wasser gelegen haben.

Personen, die über die unbekannten Toten nähere Angaben machen können, werden gebeten, sich bei der Zentrale für Vermisste und unbekannte Tote beim Polizeipräsidium, Zimmer 38a, zu melden.

Gegen die Erhöhung der Standgelder

Eine Eingabe der Klein Händler

Die Arbeitsgemeinschaft der Klein Händler und Marktbesitzer des Kreises Danzig Stadt erhebt in einer Eingabe an die Stadtbürgererschaft Protest gegen die Erhöhung der Standgebühr. In dieser heißt es: „Wir erklären hiermit, und zwar im Namen unserer 400 Mitglieder umfassenden Organisation, daß wir gegen eine weitere Erhöhung der Standgelder bei der andauernd schlechten Wirtschaftslage die schwersten Bedenken vorzubringen haben, indem wir die veranschlagte Erhöhung als untragbar bezeichnen müssen. Unsere Bestrebungen gehen vielmehr seit langem dahin, die Standgelder herabzusetzen.“

Polizeibericht vom 6. Juni 1930. Festgenommen 18 Personen; darunter 2 wegen Diebstahls, 2 wegen Körperverletzung, 8 wegen Verdacht des Sittlichkeitsverbrechens, 2 wegen Missetat, 1 wegen Transportgefährdung, 2 wegen Fahrgeschäfts, 2 wegen Obdachlosigkeit, 1 wegen Bettelns, in Polizeihast, 1 wegen Trunkenheit.

Albert Thomas über die völkerrechtliche Stellung Danzigs

Um den Beitritt Danzigs zum Internationalen Arbeitsamt

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, hat die Kanzlei des Saager Völkerrechtsinstituts davon in Kenntnis gesetzt, daß er die Absicht habe, zu den bevorstehenden Verhandlungen über die völkerrechtliche Stellung Danzigs ein schriftliches Exposé einzubringen. Ferner habe er den Wunsch, seine Auffassung auch mündlich darlegen zu können. Es handelt sich bekanntlich um das vom Völkerbundrat beim Saager Gerichtshof nachgefragte Gutachten über die Frage, ob die besondere Rechtsstellung der Freien Stadt ihr den Beitritt zum Internationalen Arbeitsamt gestattet. Im Danziger Kreise erhofft man von dem angekündigten Schritt Thomas eine wesentliche Unterstützung des Danziger Standpunktes.



Fahrt Pfingsten vorsichtig!

Eine eindringliche Warnung an die Automobilisten veranlaßt eine große Berliner Auto-Reparatur-Werkstatt durch Aufstellung eines durch einen Zusammenstoß stark beschädigten Autos auf der Straße. Das Autowrack trägt ein Schild

Danziger Lehrerinnen-Verein. Der Beginn der diesmonatlichen Versammlung im Frauenklub war dem Gedächtnis Helene Langes gewidmet. Im Anschluß an die kürzlich abgehaltenen Elternversammlungen der einzelnen Schulklassen sprach Frau Wundt über „Schule und Elternarbeit in Theorie und Praxis“. Ihre Ausführungen gingen dahin, daß sich in der Schule bei Beseitigung sozialer Mängel wie Kampf gegen den Alkohol, Beseitigen ungeeigneter Reklame, eine Begrenzung durch die Elternarbeit stark fördern mache. Aus diesem Grunde sei die Elternarbeit von Elternschaft und Schule entzweit. Die Elternarbeit erreichten Bindungen, die festgelegt werden durch überlegte

festgelegte Sprechstunden, durch Klassenelternversammlungen mit gründlicher Aussprache und durch beschreibende und unterhaltende Elternabende. Je nach Wege zur erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternschaft. Eine langanhaltende Diskussion über dieses Thema bot reiche Anregung. Zwecks Erziehung der Schulkinder zur Sparsamkeit entwarf Frau Wundt einen Plan über eventuell dafür anzunehmende Maßnahmen in der Schule. Der Verein dankte durch Abschrift für eine vorherige Umfrage nach der Stellungnahme der einzelnen Schulen zu dieser Frage.

Ausführungreiche Versuche — Der Hund bleibt Sieger

Raben lernen auch die menschliche Sprache verstehen.
Eine Hage wukte nach 60 Versuchen, wann sie auf den stäßig flettern muszte, nach 380, wann sie dies nicht tun durfte, sobald man einen bestimmten Satz sprach. Der verkehrte Hund Felloo konnte aber 53 geprochene Befehle ohne Irrtum ausföhren, während die Hage bei jedem beliebigen Satz ihre Fletterübung vollführte. Auch bei sonstigen Dressurleistungen bleibt der Hund Sieger. Doch gibt es auch manche Beweise der Intelligenz von Raben. So machte eine Hage immer Jagd auf Vögel, die zu dem ihnen

Muß der Mann die Zigaretten seiner Frau bezahlen?
Nein täglicher Bedarf

den Gegenständen des täglichen Bedarf einer Frau; daher kann das Recht einer Ehefrau, aus dem Wirtschaftsgeld Käufe zu tätigen, keineswegs auch auf Tabak und Zigaretten ausgedehnt werden. Der Ehemann ist daher nicht für die Tabakkäufe seiner Frau, die auf Kosten des Haushalles gehen, verantwortlich zu machen.“

Gestörte Mundfunktion

Der Berliner Kriminalpolizei stellte sich der 36 Jahre alte Heinz Siemert, der zahlreiche kleine Leute betrogen hat. Siemert erzählte seinen Opfern, daß sie durch die Lotterien einer von den Leuten abonnierten Familienzeitschrift ein Stück Land mit einem Häuschen erhalten hätten, wofür nachträglich 50 Mark als Schreibgebühren zu zahlen seien. Der Schwindler bekam in den meisten Fällen das Geld. Dann verschwand er später. Als die Sache sich so und so oft wiederholte und verschiedentlich Anzeigen einliefen, wurde u. a. auch im Rundfunk, und zwar einige Tage lang am Schluß des Berliner Abendprogrammes vor dem Betrüger gewarnt. Dieser Tage hörte Siemert vergnügt dem Rundfunk zu und rief seine Ohren nicht wenig auf, als er plötzlich seinen Sterbbrief mit genauer Angabebeschreibung hörte. Neben dem Schwindler sah die Frau, die Siemert als Rundfunkgast zu sich geladen hatte. Die Frau rief bei den Worten des Rundfunkbetreffs die Augen auf . . . und jagte schließlich Siemert auf den Kopf zu, daß er der Betrugler sei. Siemert machte sich eilig aus dem Staub — und stellte sich der Kriminalpolizei . . .

Die Städtische Markthalle

Straßenperrung.

Konkursverfahren.

10/20 -d-

Altstädtischer Graben 106.
Nähe Holzmarkt.

